

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Der Abonnent erhält von uns allen Nummern gratis

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftl. Rundschau / Der proletarische Kulturkampf / Für unsere Frauen / Energie

Bezugspreise monatlich: bei Post 2,50 M. (Einschl. Postgebühren) 1,25 M. durch die Post bezogen monatlich 2,70 M. (ohne Postgebühren) Verlag: Dresden Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-V. Reichstraße 1 u. 2 / Postfach 11724 / Vertriebsbüro: Dresden Nr. 18491 Dresden Verlagsgesellschaft  
Schmiedestraße 2 / Dresden-V. Unter den Eichen Nr. 1724 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Reichsland der Arbeiterstimme Mittwoch 16. 18 Uhr, Sonnabend 13.—14 Uhr

Anzeigenpreise: Die normal gebaltene Anzeigenzeile oder deren Raum 0,35 M.M. für Familienanzeigen (2) M.M. für die Restzeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1,50 M.M. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-V. Oberbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Abnahme besteht kein Anspruch auf Vorrückung der Rechnung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5 Jahrgang

Dresden, Dienstag den 5. Februar 1929

Nummer 30

## Die Rebellion gegen das Wehrprogramm

### Affinierte Manöver der „linken“ SPD-Führer

Dresdner SPD-Unterbezirk lehnt alle Heeresmittel ab! — Künstler, Berlin, gibt Vorlesung der Geheimrüstungen unter SPD Regime zu

Dresden, den 5. Februar.

Der Druck der sozialdemokratischen Arbeiter in den einzelnen Bezirksorganisationen der SPD gegen das offen imperialistische Wehrprogramm hat, gefördert durch die kommunistische prinzipielle Kritik, in zahlreichen Organisationen zur Annahme von Entschuldigungen geführt, die sich gegen das Wehrprogramm wenden. Dabei geht die Mitgliedschaft teilweise über die demagogischen, rein rhetorischen Formulierungen der „linken“ Führergruppen hinaus, die sich deshalb heften, noch radikalere Töne anzuschlagen, um den Kontakt mit ihren Mitgliedern nicht vor dem Reichsparteitag zu verlieren und ihre Verwirrungsmaschine auf dem Reichsparteitag glücklicher durchführen zu können. Der Unterbezirksparteitag Groß-Dresden der SPD hat entsprechend den Anweisungen des Leipziger Sachsenparteitages die Verwirrungsmaschine nach altbekannter Methode durchgeführt. Er nahm nach dem Bericht der Dresdner Volkszeitung einstimmig einen Antrag Kadebeut an, der folgenden Wortlaut hat:

„Der Unterbezirksparteitag erwartet, daß sich die Delegierten von Groß-Dresden auf dem Parteitag in Magdeburg entschieden gegen die heutige Konfliktbewältigung im Reich gegen den Entwurf der Wehrkommission, insbesondere gegen die heutige Reichswehr und jedes militärische Vordringen einziehen.“

Daß die Mitgliedschaft jedoch sich nicht begnügen wollte mit einer Ablehnung der „heutigen Reichswehr“ und des „weiteren Vordringens“ beweist der Antrag der Gruppen Dresden-Mitte Nr. 8 und Witten, in dem im Hinblick auf den blutigen Einsatz der Reichswehr in Sachsen und in der klaren Erkenntnis, daß jede militärische Macht in der privatkapitalistischen Weltanschauung lediglich ein Instrument kapitalistischer Willkür ist, die sozialdemokratischen Abgeordneten zur schärfsten Stellungnahme gegen jede Mittelbewilligung von Heer und Marine aufgefordert werden. Begründend für diesen Antrag ist, daß auch er einstimmig angenommen wurde. Es haben also auch die Leute für diesen Antrag gestimmt, die verantwortlich für die Verteidigung des Wehrprogramms in der Dresdner Volkszeitung sind. Dieses Stimmenergebnis ist also ein Symptom für die Struppellosigkeit, mit der die sozialdemokratischen Führer ihre Mitglieder bei der Stange zu halten gedenken, denn daß der Inhalt des letzten Antrages nicht, aber auch nicht das geringste mit der Politik der sozialdemokratischen Partei zu tun haben dürfte, ist jedem klar, der das Übrige der Grundzüge des Marxismus in sich aufgenommen hat. Es gibt aber einen weiteren Beweis für die Verdrängung der sozialdemokratischen Führung in Bezug auf den Vertrag an ihren Mitgliedern. Das ist die offizielle Erklärung des sozialdemokratischen Pressebüros, der sich bei der Stellungnahme zu den Verurteilungen der Berliner Reichspresse zum Wehrprogramm des zentralistischen „Klassenkampfes“ folgendermaßen äußert:

„Die Reichspresse ist auf diese Zeitschrift offenbar erst aufmerksam gemacht worden durch die scharfe Polemik, die das Zentralorgan der Partei, der Vorwärts, in der letzten Zeit gegen sie geführt hat. Dem Kenner ist es nichts Neues, daß vorwiegend im Reich, besonders in einigen Orten Westfalens, verschiedene Ansichten vertreten werden, die sich mit dem Programm der Partei und ihrer praktischen Politik nur schwer vereinbaren lassen. Diese Ansichten beweisen nichts für die Haltung der Gesamtpartei.“

Der letzte Satz ist eine recht deutliche Erklärung an die rebellierenden Mitglieder, und sagt nicht mehr und nicht weniger, als daß die Leitung der sozialdemokratischen Partei niemals daran denkt und denken kann, proletarischen Prinzipien in ihrer Politik und Taktik Rechnung zu tragen. Und daß sie den linken Führern das Mandat nur aus Gründen der Verwirrung der Mitgliedschaft gestattet beweist der weitere Satz, daß die sozialdemokratische ihren Mitgliedern eine „weitgehende Meinungsfreiheit“ gewährt, „weil sie klüger handelt als der unduldsame Kommunismus“. Die Meinungsfreiheit, von der der sozialdemokratische Pressebüro im Auftrag des sozialdemokratischen Parteivorstandes spricht, steht also so aus, daß man die Mitglieder wohl Resolutionen fassen läßt, wohl jedem Provinzialblatt die Möglichkeit gibt, heuchlerische Erklärungen gegenüber den Mitgliedern zu fabrizieren und demagogische Kritik ohne praktische Schlußfolgerungen zu üben, daß aber die Politik der Gesamtpartei von diesen Auswirkungen der Meinungsfreiheit nach wie vor unberührt bleibt, denn der Verrat der Arbeiterinteressen und die Bindung an die Politik der Bourgeoisie des eigenen Landes ist und bleibt Inhalt und Basis der Gesamtpolitik der sozialdemokratischen Partei.

Auch der Leipziger Parteitag der SPD spiegelt die Differenzen in der Frage des Wehrprogramms deutlich wider. Dort hatte „unser“ Toni Sender die Irreführung der Arbeiterbelegierten übernommen, während Crispian als Verteidiger des

Programmentwurfs auftrat. Feilschend für die Erbitterung der sozialdemokratischen Arbeiter war nicht nur die gelaunte Diskussion, sondern die Annahme eines Antrages, in dem die Ablehnung der 2. Rate zum Bau des Panzerkreuzers A von den SPD-Ministern und der Reichsstaatsfraktion gefordert wird. Auch hier war bezeichnend, daß der Antrag einstimmig angenommen wurde, obwohl auf diesem Parteitag Mitglieder des Parteivorstandes anwesend waren, die genau wissen, daß die zweite Rate tatsächlich durch die Einverständnisabstimmung schon bewilligt worden ist. Die „rote Rabe“ ist in der Lage, in ihrer heutigen Morgennummer festzustellen, daß der „Vorwärts“ den entscheidenden Teil der Beratungen des Reichsparteitages in völlig gefälliger und irreführender Weise widergibt. Obwohl auf dem Parteitag selbst ein Antrag des Kreises Tempelhof vorlag, in dem festgestellt wird, daß die sozialdemokratischen Leipziger Parteimitglieder gezwungen sind, aus der parteipolitischen, das heißt der kommunistischen Presse Informationen über die Vorgänge in der SPD zu entnehmen. Wie weit die Beziehung auf diesem Reichsparteitag zum Ausdruck kam, zeigt die Erklärung des Leipziger Parteivorstandes Künstler, der wörtlich ausjagte:

### Schiedspruch im Leipziger Straßenbahnerstreik

Leipzig, 5. Februar. (Eigene Drahtmeldung)

Die Gewerkschaftsbureaukratie verhandelte am Montag vor dem Schlichtungsausschuß, der folgenden Schiedsschiedspruch fällte:

Das technische Personal der Leipziger Straßenbahn erhält ab 6. Februar 5 M., ab 1. Oktober weitere 2 M. Stundenloohnerhöhung. Die Laufdauer des Abkommens geht bis 31. März 1930. Die Arbeiter hatten ursprünglich 20 M. gefordert. Die Gewerkschaftsbureaukratie hatte die Forderung auf 13 M. herabgemindert.

Dieser Schiedspruch bedeutet einen Schlag ins Gesicht der Leipziger Straßenbahner. Sie müssen ihn ablehnen und den Kampf bis zur Bewilligung ihrer aufgestellten Mindestforderungen fortsetzen.

### Wissel will den sächsisch-thüringischen Textilarbeiterkampf abwürgen

Berlin, 5. Februar. (Eig. Drahtmeldung)

Der Reichsarbeitsminister hat den Schlichter für Mitteldeutschland, Ministerialrat Dr. Hauschild in Erfurt, beauftragt, in dem Vorkriegsstand im Bereich der sächsisch-thüringischen Webereien Fühlung mit den Parteien zu nehmen.

„Ich werde später bei der Statberatung aufzeigen, daß der ganze Rüstungsanlauf, den unsere Minister zu bekämpfen versprochen, genau so weitergeht wie vorher.“

Obwohl die Radikalisierung der sozialdemokratischen Mitglieder in heftiger Opposition gegen die Politik des Parteivorstandes und der Ministerialpolitik zum Ausdruck kam, gelang es andererseits den Scheinradikalen Phrasendreschern des Parteivorstandes, die Empörung der Arbeiter über den imperialistisch-militaristischen Kurs der SPD durch ein geradezu unglaubliches Manöver abzuwürgen. Man setzte nämlich die Annahme eines Antrages des Leipziger Parteivorstandes durch, der sich nicht etwa gegen das Wehrprogramm des SPD-Parteivorstandes wendet, sondern lediglich vom Magdeburger SPD-Reichsparteitag die Vertagung der Behandlung des Wehrprogramms fordert. Diese Methoden der sozialdemokratischen Meinungslosigkeit entlarven sich immer mehr als verächtliche Methoden des Betrugs an den sozialdemokratischen Arbeitern. Zweifellos zeigen die Differenzen und die steigende Opposition im ganzen Reich, daß ein großer Teil sozialdemokratischer Arbeitermitglieder den Charakter der Politik ihrer Partei richtig zu erkennen beginnt. Es ist unsere Aufgabe, durch klare Politik und der Situation entsprechende Taktik diesen Arbeitern die Erkenntnis zu vermitteln, daß die Interessen der Arbeiterklasse und der gesamten werktätigen Bevölkerung sich nicht in der SPD, sondern nur unter der Führung der kommunistischen Partei und in konsequentem Kampf gegen die Bourgeoisie und den gesamten sozialdemokratischen Parteiapparat linker und rechter Couleur wirksam verteidigen lassen.

Durch die geschlossene Front der Textilarbeiter wird die Lage der Textilmittel immer schwieriger. Wissel als Reichsarbeitsminister, als Kalai der Bourgeoisie, versucht ihnen zu Hilfe zu kommen. Die Textilarbeiter müssen jedes Eingreifen des Schlichters ablehnen.

### Kottbusser Textilarbeiter verlassen den Betrieb

Kottbus, 5. Februar. (Eigene Drahtmeldung)

Die Belegschaft einer der größten Textilfabriken von Kottbus, Firma Samson (800 Mann), hat nach 8 Stunden den Betrieb verlassen. Die Firma wollte drei Schichten einführen, um noch vor der Ausperrung ihre Aufträge herauszubringen. Die Belegschaft lehnte das mit Entrüstung ab und verließ den Betrieb nicht wie sonst nach 8, sondern nach 5 Stunden.

### Polizei beschlagnahmt IGH-Sammellisten

Greiz, 5. Februar. (Eigene Drahtmeldung)

Die Bege der sozialdemokratischen „Kühnberger Tribüne“ gegen die Sammellisten der IGH trägt bereits ihre Früchte. Auf Denunziation eines SPD-Mitgliedes hin wurde am Sonnabend ein sammlender Jugendgenosse von der Polizei verhaftet und die Sammelliste beschlagnahmt.

Die erste Verteilung von Lebensmitteln durch die IGH findet hier voraussichtlich am kommenden Freitag statt. Der Textilkampf geht ungeschwächt weiter.

## Die Tragödie der ledigen Mütter

Anlagerede der Genossin Oberlach im Reichstag / Die Kommunisten fordern Gleichstellung des unehelichen Kindes mit dem ehelichen und Schutz der Mutter

In der Montagtagung des Reichstages wird als erster Tagesordnungspunkt die Beratung der Handwerkerkammer fortgesetzt. Nach den Ausführungen einiger bürgerlicher Redner, die besonders Kürzung der Sozialausgaben forderten, sprach

Genossin Oberlach:

Die Bestimmungen über die Neubildung von Innungen sind irreführend. Die Neubildungen z. B. in Solingen sind keine Innungen für das Handwerk, sondern für die Industriebetriebe, und sind nur deshalb, um Innungstrankentassen zu errichten. Wir lehnen deshalb den Antrag der Wirtschaftspartei, neue Innungstrankentassen zuzulassen, wenn die Orts- oder Landes-trankentassen nicht gefährdet sind, ab und beantragen, daß neue Innungstrankentassen nicht mehr errichtet werden dürfen.

In der Abstimmung wird das Handwerkergesetz gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Der Reichstag genehmigt darauf die Strafverfolgung des Nationalsozialistischen Straltes.

Es folgt die Beratung des Entwurfs über die unehelichen Kinder und die Annahme an Kindesstatt.

Die Abgeordnete Julia Juchacz (KPD) äußerte einige Bedenken gegen die Bestimmungen des Entwurfs. Man müsse zum mindesten die Kontrolle des Jugendamtes einschalten. Der Entwurf ist eine Halbheit, da er nur der wirklichen Gleichstellung der unehelichen mit dem ehelichen Kinde noch juristisch. Im

wesentlichen stimmen wir aber dem Entwurf zu und werden nach einige Änderungen im Ausschuss vornehmen.

Frau Reuhaus (Zentz) begrüßt den Entwurf. Man dürfe das uneheliche Kind nicht mit dem ehelichen gleichstellen, das würde eine Entwürdigung des Familienlebens bedeuten.

Reichsjustizminister Dr. Koch erklärt, daß der Entwurf natürlich nur eine Halbheit sein könne, weil er ja auf die Weltanschauung verschiedener Parteien Rücksicht nehmen müsse. (Kommunistischer Zuruf: „Wolters des Zentrums!“) Ich freue mich aber, daß sowohl Frau Juchacz wie Frau Teich im wesentlichen mit dem Entwurf einverstanden sind.

Im Auftrage der kommunistischen Fraktion sprach

Genossin Oberlach:

Viele Jahre lang haben die proletarischen Mütter, die als Mütter unehelicher Kinder in der deutschen Republik geachtet sind um die grundsätzliche Gleichstellung ihrer Kinder vergeblich gekämpft. Die von der Sozialdemokratie gepriesenen Versprechungen der Weimarer Verfassung auf Schaffung der gleichen Bedingungen für die unehelichen Kinder blieben bis ins erste Jahr der deutschen Republik unerfüllt. Die Bourgeoisie und ihre Vertreter in den Parlamenten wachen darüber, daß nicht ein Schritt in dem künftigermaßen gefügigen Bau des bürgerlichen Rechts gelodert werde, das die Gleichstellung darstellt zur ungehörigen Ausbeutung des Proletariats, zum Schutze des Privat-eigentums.

Auch das bürgerliche Familienrecht dient diesem Schutze, dem der Verzichtung der Verteilung des Vermögens, darum

# Die spanischen Arbeiter nehmen den Kampf auf!

Madrid, 5. Februar. (Eig. Drahtmeldung.)

In der Aufstandsbewegung in Spanien gegen den Diktator Primo de Rivera ist eine entscheidende Wendung eingetreten. Die Arbeiterschaft der größten Industriestädte schließt sich jetzt an, die Führung des Kampfes gegen die faschistische Diktatur an sich zu reißen. In einer Reihe der größten Industriestädte sind Massenstreiks und Generalstreiks ausgebrochen. Im Zusammenhang mit dieser Aktion der Arbeiterschaft ist in Valencia, der bedeutendsten Industriestadt, die Aufstandsbewegung neu entfacht. Im Laufe der letzten zwei Tage sind in Valencia Massenverhaftungen vorgenommen worden. Mit der Aufnahme des Kampfes durch die Arbeiterschaft gewinnt die Aufstandsbewegung in Spanien eine außerordentliche Bedeutung.

Trotz der strengen Zensur sind aus Spanien Nachrichten eingetroffen, die erkennen lassen, daß Primo de Rivera die Aufstandsbewegung in Spanien noch nicht restlos unterdrücken konnte. In Valencia ist eine neue Aufstandsbewegung ausgebrochen. In dem offiziellen Bericht wird erwähnt, daß die Regierung aus Valencia verworren und schwerwiegende Nachrichten erhalten und sich entschlossen hätte, energisch einzugreifen. Primo de Rivera hat den Generaldirektor der Gendarmen, den General Saurio mit außerordentlichen Vollmachten nach Valencia entsandt. Saurio hat daraufhin die Militärregierung von Valencia, Castrogirona, abgesetzt, verhaften und nach Madrid überführt lassen.

Weitere Meldungen betragen, daß in jeder größeren Stadt ein Dreier-Komitee zur Leitung der Aufstandsbewegung gebildet worden sei, das sich aus einem Militär, einem Arbeiter und einem Republikaner zusammensetzt. Die Bewegung soll ausgeprägten republikanischen Charakter besitzen.

Primo de Rivera hat den König von Spanien Dekrete unterbreitet, die eine weitere Einschränkung der Pressefreiheit bedeuten, eine händliche Überwachung der ganzen Bevölkerung organisieren und die Errichtung eines Sondergerichtes im Innen-

ministerium zur Überwachung der Beziehungen zwischen Militär und Zivil. Die Presse in Spanien soll nach diesen Dekreten des Diktators einseitig in den Händen einer kleinen Gruppe von Beamten stehen, die die Regierung behält. Die Regierung stellt sich gegen die öffentliche Meinung, an welcher Stelle des Blattes diese Meldungen zu veröffentlichen sind, noch vor.

Eine große Gärung soll sich auch in der Marine bemerkbar machen; ferner liegen Nachrichten von vereinzelten Streiks vor. Pariser Meldungen weisen darauf hin, daß in Valencia ein Generalstreik angekündigt worden ist, der aber durch die harten Maßnahmen des Generals Saurio wahrscheinlich nicht zum Ausbruch kommen würde.

Die Maßnahmen, die Primo de Rivera jetzt erneuert in den Dekreten verfügt hat, bedeuten unzweifelhaft einen weiteren Schritt in der Richtung der Ausgestaltung der spanischen Diktatur mit faschistischen Methoden. Die große Erbitterung in der werktätigen Bevölkerung wird dadurch unzweifelhaft noch gesteigert.

Infolge der strengen Zensur sind bis jetzt noch immer keine zuverlässigen Nachrichten eingetroffen, die erkennen lassen, welche Rolle die Arbeiterschaft in diesen Kämpfen spielt. Wenn tatsächlich in den größten Städten Dreier-Komitees aus einem Militär, Arbeiter und Republikaner zur Führung der Aufstandsbewegung gebildet sein sollten, sind diese Komitees alles andere, nur keine Arbeiter- und Soldatenräte, von denen die Abendausgabe des Vorwärts schwafelt.

Die Klassenbewußte Arbeiterschaft in Spanien weiß sehr wohl, daß, wenn Primo de Rivera gestürzt wird, die politische Macht nicht in die Hände eines anderen oder konservativen Politikers gelangen darf, sondern von den kämpfenden Arbeitern und Bauern erobert werden muß. Sicher werden die Meldungen in den nächsten Tagen erkennen lassen, ob die Arbeiterschaft in diesem Sinne in die spanischen Kämpfe selbständig und selbständig eingegriffen hat.

## Aman Allahs Vormarsch

London, 4. Februar. (Eig. Meldung.)

Die konterrevolutionären Kräfte der englischen Schackfigur Habib Allahs schwinden immer mehr. Diese Tatsache zwingt den englischen Soldaten, mit Ali Ahmad Khan Verhandlungen anzunehmen, der an der Spitze einer Armee von 2000 Mann sich auf dem Marsche nach Kabul befindet. Die Absicht Habib Allahs ist dabei, sich mit Ali Ahmad Khan gegen Aman Allah zu verbünden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese Verhandlungen zu einem gemeinsamen Kampf gegen Aman Allah führen, doch auch in diesem Falle ist damit zu rechnen, daß die sich fortwährend stärkenden Kräfte Aman Allahs in kurzer Zeit den Sieg davontragen werden.

Der berüchtigte Oberst Lawrence oder „Flieger Sam“, der von der afghanischen Regierung als englischer Espion betitelt wird, und auf dessen Ergründung eine Absperrung ausgeübt wurde, ist in London eingetroffen. Die beiden Zeitungen Daily News und Westminster Gazette fordern von der Regierung eine Erklärung über die Willkür des Lawrence, der in plötzlicher Weise nach London abgereist wäre. Diese Forderung hinter dem Aufstand in Afghanistan steht.

Mit der Abberufung des berüchtigten „Espions“ können die englischen Intrigen natürlich nicht auf. Die englische Regierung hat jetzt einen indischen Stamm veranlaßt, in das Gebiet Afghanistan einzufallen, um den Truppen Aman Allahs neue Schwierigkeiten zu bereiten.

Der Sohn Aman Allahs, der bisher in Paris studierte, ist von Aman Allah aufgefordert worden, sich nach Moskau zu begeben.

Die Klünderungen in Kabul, der Hauptstadt Habib Allahs, nehmen immer größeren Umfang an. Am Sonntag ist Habib Allah 14 Anhänger Aman Allahs erschlagen haben lassen, es ist ferner zwischen den Soldaten Habib Allahs und der Bevölkerung zu heftigen Zusammenstößen gekommen.

## Kommunistischer Erfolg bei den französischen Kammerwahlen

Bei der Stichwahl für den Kammerstuhl des Departements Puteaux erhielt der kommunistische Abgeordnete Andre Maitte der sich zurzeit im Gefängnis befindet, 3378 Stimmen und wurde damit gewählt. Der Kandidat der Republikanisch-Demokratischen Union erhielt 7679 Stimmen. Von etwa 25 000 Wahlberechtigten hatten sich 17 000 an der Wahl beteiligt. Der Vorsitzende der kommunistischen Kammergruppe, Cahin, hat an den Kammerpräsidenten eine Interpellation gerichtet, den gelangweilten Deputierten unverzüglich in Freiheit zu setzen, damit er sein Mandat ausüben könne.

## Aus der Partei

Stuttgarter Funktionäre gegen die Liquidatoren  
Stuttgart, 2. Februar. Eine gutbesuchte Versammlung der Stuttgarter Parteiarbeiter nahm am 31. Januar Stellung zu den Beschlüssen der letzten Plenarsitzung des ZK. Nach einer scharfen Abrechnung mit den rechten Liquidatoren, insbesondere auch mit der opportunistischen Haltung der Ortsverwaltung des ZKB in der gegenwärtigen Lohnbewegung, stimmten die Parteiarbeiter der gegenwärtigen Liquidation, insbesondere auch die innerparteilichen Maßnahmen des ZK zur Sicherung der Durchföhrung der politischen Linie der Komintern und der deutschen Partei beizüg.

## Unterbezirk Freital gegen die Liquidatoren

Annahme der Parteiresolution gegen zwei Stimmen  
Die Delegiertenkonferenz des UB Freital nahm am Sonntagabend dem 2. Februar Stellung zur Lage in der Partei und den Beschlüssen des 6. Weltkongresses, sowie der Parteiarbeiterkonferenz am 26. und 27. Januar.

Nach einem ausführlichen Referat des Genossen Hädel wurde vom Genossen Willy Schneider in einhelliger Rede die scharf bekannnten Auffassungen der Brandberger vertreten. Die Delegierten der Arbeitsgebiete wandten sich in ihren Ausführungen auf das entscheidende gegen das Liquidatorenamt, die vom Genossen Hädel vertretene Linie der Partei nach Billigung und Zustimmung.

Mit einer von der UB-Leitung eingebrachten Resolution, die sich in scharfer Weise gegen den von den Rechten geföhrten Kampf gegen die Partei richtet und in der die härtesten organisatorischen Maßnahmen gegen jene Parteimitglieder gefordert werden, die das parteiwerkende Treiben der Rechten unterstützen, wurde die politische Entscheidung herbeigeföhrt.

Die Resolution wurde bei 28 stimmberechtigten Delegierten mit 26 gegen 2 Stimmen angenommen, und damit bekannntlich der UB Freital nahezu geschlossen zur Partei.

Die Hoffnungen der Brandbergergruppe: durch den persönlichen Einfluß Willy Schneiders der UB Freital zur Basis des Kampfes gegen die Partei ausbauen zu können, wurden durch die Entscheidung der UB-Delegiertenkonferenz gründlich zunichte gemacht.

Freital. Der Gewerkschaftsjurist findet heute abend nicht im Klubheim, sondern im Stad Freital.

Die Vereinfachung ...

Nach dem ...

Die Vereinfachung ...

Die Vereinfachung ...

Die Vereinfachung ...

Die Vereinfachung ...

Die Vereinfachung ...

Die Vereinfachung ...

Die Vereinfachung ...

## Reichstimmung der Urfo

Berlin, 4. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

Am Sonntag fand im Reichstagsgebäude eine Tagung der Urfo (Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Organisationen) statt, die von 200 Delegierten aus Berlin und dem Reich besucht war. Zweck und Ziel der Veranstaltung war, für den bevorstehenden Kampf um den Schutz für die proletarische Mutter und das proletarische Kind und die Sozialerhebung des Fundament zu kämpfen.

In eindrucksvoller Referat zeigte zunächst der kommunistische Reichstagsabgeordnete Emil Hölllein die furchtbaren Folgen des Schandparagraphen 218 für das deutsche Proletariat. In seinen Ausführungen über den Geburtenrückgang, seine sozialen Ursachen und Folgen stellte Genosse Hölllein das ununterbrochene Sinken der Geburtenziffer in Deutschland seit dem Jahre 1875 fest. Das Steigen oder Sinken der Bevölkerungsziffer wird von wirtschaftlichen Einflüssen entscheidend bestimmt. Das zeigt sich besonders klar in der ständig ansteigenden Geburtenziffer in Sowjetrußland. Die Beweggründe zur Kleinhaltung der Familie sind in der zunehmenden Ausbeutung der Arbeiterschaft, der Massenarbeitslosigkeit und schließlich auch in der Wohnungsnot zu finden. Die steigende Bereicherung brüht sich in der ungeheuren Zunahme der Kindersterblichkeit (jedes achte Kind geht in Deutschland vor dem 2. Lebensjahr zugrunde) und der Sterblichkeit der Mütter aus. 1922 kam in Berlin jede vierte Frau ohne geburtsärztlichen Beistand nieder. Hölllein schloß mit der Forderung der Aufhebung des Geburtenzuges, Freigabe der sozialen Induktion bei Schwangerschaftsunterbrechung, der Schaffung ausreichenden Schutzes für die werktätigen Mütter und Kinder.

Dann gab Reichstagsabgeordnete Genosse einen Überblick über die bevölkerungspolitischen Forderungen der Urfo und die Stellungnahme der Parteien und Gewerkschaften. Im Reichstags werden die Kommunisten die Forderungen der Urfo zum Schutz von Mutter und Kind konsequent vertreten und fordern zur Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft — um dadurch die Grundlage für eine gesunde Bevölkerungspolitik zu schaffen — Erhöhung der Löhne, ausreichenden Wohnungsbau, Aufhebung aller indirekten Steuern, Streichung der Ausgaben für die Institutionen zur Kindererhaltung und kulturellen Veredlung des Proletariats, Ausweitung der bürgerlichen, konfessionellen Wohlfahrtsvereine. Einstimmig nahm die Konferenz die vorgeschlagenen Richtlinien an und verpflichtete sich, in allen angelegenen Organisationen den Kampf um den Schutz für Mutter und Kind und um Geburtenzunahme zu verstärken. Sie fordert die bereits bestehenden proletarischen Organisationen auf, sich dem Kampfe um die Lebensinteressen des Proletariats anzuschließen.

Sicherstellung des Erbrechts für die legitimen Nachkommen, darum Schutz der bürgerlichen Familie, Verhütung der ledigen Mutter und ihres Kindes.

Der vorliegende Gesetzentwurf über die unehelichen Kinder dient vielen kapitalistischen Grundzügen, die Neben der Zensurabänderung, des Neubaues und der sozialdemokratischen Abgeordneten (siehe: Schöner und Köhler) sind. Die sozialdemokratische Abgeordnete stimmte ausdrücklich dem vorliegenden Entwurf zu, ja, sie begrüßte ihn aufs wärmste.

Die Sozialpolitik erfüllt die hohe Säuglingssterblichkeit gerade der unehelichen Kinder mit Sorge. Der kapitalistische Staat braucht neue Lohnsklaven, neues Kanonenfutter. Seine Panzertruppen, die jetzt mit Hilfe der Sozialdemokratie gebaut werden, und die Flugzeugabwehrer brauchen Bemannung. (Sehr richtig!) bei den Kommunisten.) Es war sehr beachtenswert, daß der Abgeordnete Geminiani am 30. November ausführte: Die deutsche Frau hat sich im Weltkrieg so bewährt, daß sie einen Anspruch auf Schuna ihrer rechtlichen Stellung hat. Sowohl mit ihren auch, daß die proletarischen Frauen sich bewähren werden, aber nicht wie sie es wüßten, als Trägerin der Fortschritt im kommenden Kriege oder gar als Soldaten für ihren Vorgesetzten, sondern als revolutionäre Klassenkämpfer, als Soldaten der Revolution. (Bravo! bei den Kommunisten.) Die Frauenpartei spielt sich als Hüterin der Heiligkeit der Familie auf. In Wirklichkeit ist das Zentrum die Hüterin des dreimal gezeigten Geldbalds.

Die Aufhebung der Familie hat zur Ursache die soziale Notlage der Proletariate, zum Teil entspringt sie jedoch auch dem wachsenden Klassenbewußtsein der proletarischen Frau, die sich nicht mehr durch die bürgerlichen Gesetze fesseln lassen will. Täglich sind die Zeitungen voll von Meldungen über das tragische Schicksal der Proletariatsmütter. Doch das Bürgertum hat für diese Frauen nur Hohn übrig, und die bürgerliche Gesetzgebung nur Gefängnis und Zwangsarbeit. Dafür nur einige Beispiele: Ein Mädchen aus Gumbold findet sein Untertommen. Rechts am der Straße gebärt sie, legt das Kind auf Steine, es ist ins Mädchenbett und erzählt dort mehnend von der Geburt. Das Kind wird tot aufgefunden. Das Mädchen bekommt zwei Jahre Gefängnis. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Ein Dienstmädchen aus Moosbach bringt aus Angst, bespuckt und beschimpft zu werden, wenn sie ein uneheliches Kind zur Welt bringt, dieses Kind um Gerichtsurteil: drei Jahre Gefängnis. Eine Arbeiterin in Kamen gebärt in der Fabrik in einem Winkel. Eine Arbeiterin in Kamen gebärt in der Fabrik in einem Winkel. Sie packt das Kind in die Matratze. Das Kind erstickt. Gerichtsurteil: Gefängnis. Das Mädchen mochte einen Selbstmordversuch. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) — Jurist zum Zentrum: „Was sagt ihr Frauen hier?“ Koch ein Beispiel: Eine Schmittlerin ist schwanger, sie wird vom Gutsbesitzer entlassen, weil sie schon zwei kleine Kinder hat. Es ist Winter. Wo findet sie Arbeit, wo Nahrung für ihre Kinder? In ihrer Hilflosigkeit und Verzweiflung erstickt sie in einem Stein und erstickt die Kinder. Urteil: acht Jahre Gefängnis. Die ganze hässliche Rechtschaffenheit deutet auf über die entmenschten Mütter. In das nicht eine fernliegende Schmach der deutschen Republik? (Sehr gut!) bei den Kommunisten.) Bürgerliche und Sozialdemokraten wollen den Notleidenden der proletarischen Mütter in den Gefängnissen erlösen. Aber wir werden dafür sorgen, daß die Betriebsinspektoren in einen Massenbewegten Kampf gegen die heutige Gesellschaft angeleitet werden (Sehr gut! bei den Kommunisten.)

Das Arbeiterinnenbewußtsein zeigt vor, daß eine Arbeiterin (siehe Wochen vor und nach ihrer Rückkunft in der Fabrik nicht zu arbeiten braucht. Sie darf wegen Schwangerschaft nicht entlassen werden. Doch die Praxis ist anders. Wieder nur ein Beispiel von vielen: Eine Arbeiterin der Berlin-Margarinefabrik in Berlin wird im vierten Monat ihrer Schwangerschaft entlassen, als ihr Zustand offenbar wurde. Die Arbeiterin klagt auf Wiedereinstellung. Doch das Gericht fällt folgende Entscheidung: Die Arbeiterin ist unehelich schwanger geworden, also nur durch die Verhältnisse in diesen Zustand geraten. (Hört, hört!) bei den Kommunisten.) Das ist republikanische Justiz! Sie hat offensichtlich den Monat abwarten wollen, in dem der geschlechtliche Muttererfolg eintritt! Der Einspruch der Arbeiterin wird also abgewiesen.

Der vorliegende Gesetzentwurf bietet keinen Schutz für die ledige Mutter und das uneheliche Kind. Er schützt das Privateigentum. Er trifft Sicherungen, daß das Vermögen nicht an die legitimen Erben übergehe, er ist ein Schutz für die bestehenden Väter, die zwar ledige Proletariatsmütter als Leibesbesitzer geachtet werden dürfen, aber den unehelichen Kindern kein Erbrecht einräumen wollen. (Sehr gut! bei den Kommunisten.) Wir Kommunisten fordern grundsätzlich die Gleichstellung des unehelichen mit dem ehelichen Kinde. Der vorliegende Gesetzentwurf erfüllt diese Forderungen keineswegs. Das Kind erbt nur den Namen der Mutter. Hier müßte der freie Wille der Eltern entscheidend sein. Die elterliche Gewalt hat nicht die Mutter, sondern die Vormundschaft. Sie kann zwar der Mutter die elterliche Gewalt verleihe, aber sie entscheidet stets stillschweigend, vor allem gegen kommunistische Eltern, bei denen, wie ein Kammergerichtsurteil entschied, die Gefahr der Verwahrlosung dadurch gegeben sei, daß die Kinder religionslos und kommunistisch erzogen würden. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Anschließterweise hat auch die sozialdemokratische Abgeordnete (siehe: Schöner und Köhler) die elterliche Gewalt der ledigen Mutter das Wort gegeben.

Wenn auch noch dem Gesetzentwurf die Unterhaltspflicht des Vaters nach seinen Vermögensverhältnissen bemessen werden soll, aber durch die einschneidende Bestimmung einer allgemeinen Verzichtserklärung der übrigen Verwandtschaft des Vaters wird diese Bestimmung wieder illusorisch.

Wir lehnen auch die Pflegepflicht, die Übertragung der elterlichen Gewalt an Anwälte und Vereine ab, weil sie die Anwesenheit der Proletariatskinder an die christlichen Organisationen bedeutet, weil dort die Kinder zu demütigen Lohnsklaven geprügelt werden. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Wir fordern ausreichenden Schutz für Mutter und Kind, entsprechend den von uns vorgeschlagenen Anträgen, Kinderheime und Kinderkrippen, Mütterheime um als Einrichtungen der Kommunen. Der Schandparagraph 218 muß fallen. Die verurteilten Proletariatsfrauen müssen sofort amnestiert werden.

Wir sind uns bewußt, daß im heutigen kapitalistischen Staat es für die Proletariatskinder keine Gleichberechtigung gibt für die unehelichen Kinder keine Gleichstellung mit den ehelichen

# Die Gewerkschafts-Bundesvorstände gegen die Arbeitsinvaliden

Sie fordern Nichterfüllung der dringendsten Forderungen der alten Arbeiter

Der Vorstand des ADGB hat am 21. Januar gemeinsam mit den Bundesvorständen der christlichen und Tisch-Dunklerischen Gewerkschaften eine Eingabe zur Invalidenversicherung an die Reichsregierung gemacht, in der sie mitteilen, daß sie auf die Forderungen auf Herabsetzung der Altersgrenze von 65 auf 60 Jahre, sowie auf die Erhöhung der Renten verzichten. Wörtlich heißt es in der Eingabe:

„Es sind weiter beprochen, aber als zur Zeit nicht vorbringlich von uns zurückgestellt worden u. a. folgende Forderungen:

- a) Erhöhung des Grundbetrages der Renten;
- b) Herabsetzung der Altersgrenze von 65 auf 60 Jahre.“

Unrichtig ist dieses Schanddokument von Leipzig, der sich anmaßt, im Namen der freigewerkschaftlichen Mitglieder zu sprechen, von Otte für die christlichen Gewerkschaften und von Kuschel für die Tischler. Gegen den entschiedenen Willen der überwältigenden Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder fordern die Altersgrenze nicht herabzusetzen und die erdärmlich niedrigen Sozialrenten nicht zu erhöhen. Natürlich haben die Koalitionsparteien, SPD, Zentrum und Demokraten, die Eingabe befreit, weil sie lieber Hunderte von Millionen für militärische Aufklärung verwenden wollen, anstatt den hungernden alten Arbeitern zu helfen. Es ist Sache der gesamten Arbeiterschaft, mit den Vorständen in den Spitzen der Gewerkschaften abzurechnen.

In ihrer Eingabe betonen die drei Gewerkschaftsvorstände, daß sie nur noch folgende Forderungen stellen:

- 1. Erhöhung der Renten durch Ausbau weiterer Lohn- und Beitragsklassen;
- 2. Herabsetzung der Invaliditätsgrenze von 66,66 auf 60 v. H.;
- 3. Gewährung von Witwenrenten auch ohne vorliegende Invalidität;
- 4. Beseitigung der Kürzungsbestimmungen nach Paragraph 131 der AVD;
- 5. Neuregelung der Lastenverteilung zwischen Invaliden- und Angehörigenversicherung.

Von diesen Forderungen bedeutet die erste, daß ein Teil der Arbeiter höhere Beiträge zahlen soll, um dadurch, und nur dadurch in den Genuss etwas höherer Renten zu kommen. Die Forderungen 1 bis 3 bedeuten eine so minimale Verbesserung, daß sie absolut ungenügend sind. Die letzte Forderung ist lediglich Spiegelstockerei.

Die alten Arbeiter, die nirgends mehr Arbeit bekommen, und die im bittersten Elend leben, müssen sich jetzt zum Wort melden. Leipzig, der wohlverordnete Leipzig, der sich durch das bekannnte Grundbühnenstück von der Arbeiterbank vollends genubmacht, erklärt die brennendsten Forderungen der alten Proletariats „als nicht vorbringlich“. Darauf müssen die alten Arbeiter laut und deutlich antworten und den Kampf der kommunistischen Partei unterstützen, die nach wie vor mit aller Kraft für die Forderungen der alten Arbeiter und Sozialrentner eintritt.

# Die Bilanz der Stahlkönige

88ste Produktion / 150 Millionen für Neuanlagen / Durchrationalisierte Betriebe / Zehntausende liegen auf die Straße / 2,5 Milliarden Gesamtumlag

Die Vereinigten Stahlwerke AG, der deutsche Stahltrust, veröffentlicht den Bericht über das Geschäftsjahr 1927/28. Neben dem Chemiestrukt, der IG-Farbenindustrie, ist der Stahltrust bekanntlich das größte deutsche kapitalistische Unternehmen. Eng verbunden mit dem deutschen und ausländischen Finanzkapital, sind die Vereinigten Stahlwerke ein ausschlaggebender Faktor in der Politik des deutschen Imperialismus. Die Bilanz des Stahltrusts zeigt das typische Bild der Bestrebungen und der Entwicklung des deutschen Trustkapitals, die trotz der gefährlichen und frustrierten Angaben in ihrer Gesamtlage klar erkennbar sind.

Nach dem vorliegenden Bericht sind seit Bestehen des Stahltrusts mehr als 275 Millionen Mark für technische Umgestaltungen der Werksanlagen verwendet worden, davon im Geschäftsjahr 150 Millionen Mark. Das Jahr 1927/28 zerfällt nach dem Bericht in zwei Hälften: Produktionssteigerung in den ersten sechs Monaten, Abnahme des Auftragsbestandes und Rückgang der Erzeugung in der zweiten Hälfte des Jahres. Infolge wurde in der Steinkohlenförderung trotzdem eine Produktionssteigerung erzielt. Die Steinkohlenproduktion der Vereinigten Stahlwerke betrug im verflochtenen Geschäftsjahr 28 454 000 Tonnen gegen 26 081 000 Tonnen im Geschäftsjahr 1926/27. Hand in Hand mit dieser Produktionssteigerung ging eine weitere Steigerung der kapitalistischen Rationalisierung. Eine Anzahl von Zechenanlagen wurde im Berichtsjahr stillgelegt, so daß die Zahl der Zechenanlagen, die bei der Gründung der Vereinigten Stahlwerke 48 betrug, auf 34 vermindert wurde.

Die Belegschaft der Ruhrkohlenzechen des Stahltrusts verminderte sich während des Geschäftsjahres von 89 700 auf 82 400. Das entspricht einer Steigerung des Förderanteils pro Mann und Zeche von 1 179 Kilogramm auf 1 235 Kilogramm.

Dieses Ergebnis befriedigt die Stahlkönige offenbar noch nicht, denn sie verlangen eine weitere Rationalisierung.

Von der Macht des Stahltrusts geben einige Produktionsangaben einen Begriff. Danach betrug die Kohlerzeugung des Stahltrusts 29 v. H. der gesamten Kohlerzeugung der Ruhrzechen, die Gesamtbeteiligung beim Rheinisch-Westfälischen Kohlenrevier rund 22 v. H., die Verbrauchsbeteiligung sogar 37 v. H.

In der Eisen- und Stahlerzeugung sehen wir ebenfalls eine weitere Steigerung der Produktion. Die Rohstahlförderung stieg von rund 6,3 auf 6,5, die Rohstahlproduktion von 8,8 auf 8,9 Millionen Tonnen. Die Belegschaftsmitglieder der Hüttenwerke wird nicht einzeln angegeben, so daß der Grad der Leistungssteigerung und der Rationalisierung hier nicht genau festgestellt werden kann. Immerhin geht es aus dem Bericht klar hervor, daß auch hier bei gesteigelter Leistung ein Rückgang der Zahl der beschäftigten Arbeiter zu verzeichnen ist, da die Gesamtzahl der beschäftigten Arbeiter von 143 000 auf 172 000 zurückgegangen ist. In dem Bericht heißt es ganz offen, daß der Rückgang der Beschäftigungsaufsteller zum Teil auf Fortschritte in der Rationalisierung und Mechanisierung unserer Betriebe zurückzuführen ist.

Ueberflüssig ist zu sagen, daß die Stahlherren ein Wechsel über die hohen Löhne, die unerschöpflichen sozialen Kosten und Steuern erheben. Damit die auf die Straße gelagerten Arbeiter verdrängt werden, wird ihnen auch mitgeteilt, daß auch die Vorstandsmitglieder und die Profuristen ihr Schicksal teilen. So liest man die lächerlichen Angaben, daß die Zahl der Profuristen um 18 Prozent und die Zahl der Direktoren und Vorstandsmitglieder um 23 Prozent seit Bestehen der Gesellschaft abgenommen hat. Wieviel Hunderte von hochbezahlten Profuristen und Direktoren mit Riesengehältern muß der Stahltrust beschäftigen, wenn er 26 Prozent abzubauen in der Lage ist!

Der Gesamtumlag ist um 20 Millionen gestiegen und betrug 1 437 Millionen Mark, davon entfallen ungefähr zwei Drittel auf den Inlandmarkt, ein Drittel auf den Auslandmarkt.

Indessen gibt diese Zahl kein richtiges Bild vom Gesamtumlag des Stahltrusts. Zu der Summe von 1 1/2 Mil-

liarden kommt noch die erhebliche Summe von 1,1 Milliarden als anteiliger Betrag vom Umsatz der Produktions- und Handelsunternehmungen, an denen der Stahltrust beteiligt ist. Damit steigt der Umsatz nach den eigenen Angaben des Stahltrusts auf 2,5 Milliarden. Der Anteil der Löhne und Gehälter beträgt 515 Millionen, d. h. rund 20 Prozent des Umsatzwertes, also viel weniger als in den

## Ein Glanzstück polizeilichen Muffertums

Die Koalitionspolitik der SPD mit dem Zentrum fördert schon immer in erster Linie die kulturreaktionären Pläne des letzteren und die des gesamten Muffertums. In der Essener Hochburg des Zentrums erhielten die Genossen unserer Buchhandlung folgendes Schreiben:

„Der Polizeipräsident, Essen, den 28. Jan. 1929.“

Sie haben in Ihrem Schaufenster, Kirchstraße 13, die Nummer 43 des 7. Jahrganges der NZZ (Arbeiter, Muffertzeitung) a. a. R. unter der Aufsicht der Seiten 4 und 5 mit einem unheimlichen Aufsatz von Dr. Magnus Hirschfeld und Richard Dinkler: „Schmerzhaft“, gesetzt werden. Ein Teil der gezeichneten Bilder enthält die Darstellung prowers-erotischer Szenen, deren öffentliche Darstellung bei einem großen Teil der Bevölkerung Anstoß erregt, auch die öffentliche Sittlichkeit gefährdet (!), da bei der Ausstellung im Schaufenster die Mehrheit der Passanten, unter denen sich auch zahlreiche Kinder

kapitalistischen Presseartikeln und Referaten der Industriekapitalisten üblicherweise behauptet wird.

Alles in allem, der Bericht des Stahltrusts zeigt, daß die ausschlaggebenden Teile des deutschen Kapitals es verstanden haben, ihre Profite auf Kosten der Arbeiterschaft weiter zu steigern. Die Lohn- und Preispolitik des Trustkapitals wird in ihrem arbeiterschaftlichen Kurs weiter verhärtet. Die Bilanz der Stahlkönige ist eine Kampfanzeige an die Arbeiterschaft. Es gilt, ihren Inhalt nicht nur den Lohnkassen des Stahlkapitals, sondern allen Arbeitern klarzumachen, damit der zusammengeballten Macht der Trustdiktatur die einheitliche Millionenfront der kämpfenden Arbeiterschaft entgegengelegt werde.

und Augenblicke befinden, nur die Bilder beachtet, nicht aber den Text liest. Auf Grund des § 10, II, 17 des Allgemeinen Landrechts vom Jahre 1790 (!) und vom Jahre 1863 (!), und §§ 132 und 63 des Landesverwaltungsgegesetzes verleihe ich daher den Ausschlag und die Auslage der Seiten 4 und 5 in Nr. 7 der NZZ in einer von der Straße aus sichtbaren Weise. Für jeden Fall der Zuwiderhandlung drohe ich eine Geldstrafe von 300 Mark an, an deren Stelle im Nichtbeitragsfall eine Haftstrafe von 10 Tagen tritt. G. B. Mecher.

Dieses Schreiben ist ein unglücklicher Standa. Die angeblich „perverse“ Bilder sind wissenschaftlicher Natur und bezugnehmend auf die in dem berühmten Wissenschaftler und Sexualpsychologen Dr. Magnus Hirschfeld. Die republikanischen Zensurorgane, das Schund- und Schmutzgesetz u. a. lassen diesen Polizeiterror unter der Protektion der Koalition zwischen SPD-Führern, Zentrumsplätzen und sozialparteilichen Trustherren zustande kommen.

## Eine kleine Auslese der sozialdemokratisch-deutschen Einheitsfront

Es ist notwendig, von Zeit zu Zeit der Arbeiterschaft zu zeigen, wie fruchtbar die Koalitionspolitik der SPD-Führer ist. Von keinerlei proletarischen Gewissenskrüppeln beschwert, nicht achten sie häufig die Interessen der Arbeiterschaft und treten sie mit Füßen. Das kommt am deutlichsten u. a. dort zum Ausdruck, wo die Arbeiterschaft eine kommunistisch-sozialdemokratische Parlamentsmehrheit hat, um eine proletarische Politik zu ermöglichen. Das will die SPD-Führerpolitik nicht und macht dann lieber offene Bündnisse mit den Deutschnationalen. Nachfolgend eine kleine Auslese, die dazu beitragen soll, den sozialdemokratischen Arbeitern die Augen zu öffnen.

1. Limbach (Erzgebirge-Vogtland): Bei der Wahl des Stadtverordnetenvorstehers wird mit den Stimmen der Bürgerlichen und SPD ein Bürgerlicher gewählt. KPD stärkste Fraktion. Bei der Wahl des Bürgermeisters und eines Stadtrates sprach ein Bürgerlicher für die Wahl eines Sozialdemokraten. Beide mit bürgerlichen und SPD-Stimmen gewählt.
2. In der Dresdner Stadtverordnetenversammlung wurde der bisherige Vorsteher, ein Sozialdemokrat, mit den bürgerlichen und SPD-Stimmen gewählt und die KPD aus dem Präsidium ausgeschlossen.
3. Zwickau (Erzgebirge-Vogtland): In der Stadtverordnetenversammlung wurden nach Entwürfen der SPD gegen KPD Bürgerliche und Sozialdemokraten in das Präsidium gewählt ohne KPD.
4. Johanngeorgenstadt (Erzgebirge-Vogtland): Obwohl die KPD die stärkste Fraktion, wurden mit bürgerlichen und SPD-Stimmen 2 Vorsteher (Vorsteher: SPD, Stellvertreter: Bürgerlicher) gewählt.
5. Pöhlitz (Thüringen): Nach der Neuwahl am 2. 12. 28 Mehrheit von KPD und SPD. Bei der Wahl des Präsidiums wurde KPD ausgeschlossen, SPD verhalf durch Abgabe weicher Zettel einem Hakenkreuzler zur Wahl als Stellvertreter.
6. Rossmes (Stobitz Brandenburg): Befegung des Präsidiums durch SPD und Großkapital unter Ausschluß der KPD.
7. Berliner Stadtverordnetenversammlung mit KPD- und SPD-Mehrheit besetzt das Präsidium nur mit SPD und Bürgerlichen.
8. Harta (Erzgebirge-Vogtland): SPD verliert durch Abgabe weicher Zettel einem Bürgerlichen in das Präsidium.

## Proletarier aller Länder, vereinigt euch

zum gemeinsamen Kampf gegen die imperialistischen Kriegstreiber und ihre faschistischen und reformistischen Aecmen, zum gemeinsamen Kampf für die Verteidigung der Sowjetunion! Mit diesem Schlachtruf und

unter diesem Symbol



marschieren zu Pfingsten 1929 der Rote Frontkämpferband Deutschlands, die Roten Frontkämpferorganisationen und Arbeiterdelegationen der übrigen Länder zu einem wichtigen Internationalen Treffen in Hamburg, der Stadt der heldenhaften Barrikadenkämpfer von 1923 auf. Rüstet zum internationalen Kampfparade in Hamburg! Gegen das internationale Kriegsbündnis der Imperialisten schließt das internationale Kampfband des Proletariats! Einzelnheiten arbeiten auf Postcheckkonto: Ernst Thälmann, Internationales Treffen der Roten Frontkämpferorganisationen, 5 Reichstreffen, Hamburg, Pfingsten 1929, Konto-Nummer 130 98, Berlin.

## Das neue Rußland im Spiegel seiner Dichtung

Ein blindes Huhn findet einmal ein Kornchen. Und so verfiel die Gesellschaft für Literatur und Kunst auf den vorerwähnten Titel. Der Titel verleiht einen Vorzug in Dresden. Es gab Rezensionen nach einigen kurzen einflussreichen Worten. Beachtlich war immerhin, daß Dr. C. Deach, Berlin, nicht umhin konnte, festzustellen, daß es sich bei der jungen sowjetrussischen Dichtung keineswegs um einen ins Ausland überleiteten Durraraportismus handele (Meine Herren von der Volkseitung wie wird Ihnen?), daß vielmehr die „Grauenhaft brutale“ - Selbstkritik herkommt nicht von Literaten die behaupten in der durcheinander mobilsten Stunde „über“ dem Wert künden, sondern „von schlafenden Menschen, die mitten im Aufbau die Augen aufgeschlagen“. Die Waise der Proletkulte freilich gab den durchweg „auf“ bürgerlichen Elementen der „Gesellschaft für Literatur und Kunst“ die Möglichkeit zu Mißdeutungen, zu geschämten Anarissen. Ob ein weißer Bürger kein Verstand hat, zu Selbstitrit haben und sie „Grauenhaft brutal“ nennen und empfinden. So war Dr. C. Deachs Vortrag vernünftliche Bemühen. Während er das Schlußkapitel aus dem in Rußland meist gelesebenen Roman „Zemni“ von Fjodor Gladow und ein Stück aus „Subjonnas Reiterarmee“ von Debel zum Vortrag brachte, wartete vor der Tür die jungeste Dore, die Jugend der Hausgehilfe, auf den nächsten Tanz. Dr. Deach ist leider mehr Schauspieler als Forscher. Das ist dem Abend in künstlerischer Hinsicht manchen Abbruch. Die Charakterisierung der in den Erzählungen auftretenden Personen gelang allzu aufdringlich darlegend. An die Kultur des kleinen Saales der Kaufmannschaft nicht gewöhnt, war keine Ton- und Lautbildung nicht gegeneinander abgemessen. Bei alledem ist es üblich, daß der Vortragende verfuhrte, das behäbige Stillsitzen der „Gesellschaft für Literatur und Kunst“, das allzu fern auf Goethes Lorbeerer Platz nimmt, in Verwendung zu bringen. Dies gelang mit einer Novelle von Boris Pilniak: „Das Gut Belatoni“ (Enteignung eines Kärntners und Uebernahme seines Besitzes durch die Sowjetbauern). Diese Novelle wirkt oft auf die Sentimentalität ungeachtet der über dem kleinen Unschickel des Expropriators das furchtbare Massenbild der Expropriierten zu verweisen allzu gern geneigt. Für Proletarier hat die Expropriation der Expropriatoren durchaus nichts Mitleiderweckendes. Vielmehr besser als das erste Stück war der Abschnitt aus dem Buche

„Weg der Liebe“ von Alexandra Kollontaj „Schweizer“. Aber auch hier halte der Vortragende durchaus nicht das notwendige Maß der Berührung erreicht. Ueberhaupt dürfte man sich das Stück besser von einer jungen Frauenvorleserinnen vorgetragen. Bei den vorerwähnten Erläuterungen des Redners zu dem literarischen Wort „Reiz“ liest ihm ein leicht erklärbarer Fehler unter. Er nannte die Rep. Politik eine Erscheinung, die im Widerspruch stehe zu den hauptsächlich rein idealistisch gerichteten Vorstellungen der UdSSR. Herr Dr. C. Deach ist kein Marxist, deshalb erachtet ihm etwas konzentriert, was ihm wenn er marxistisch zu denken sich bemühte, vermehrt erscheinen würde. Die Anwendung der marxistischen Dialektik, die im politischen und wirtschaftspolitischen Leben der UdSSR ihren Ausdruck findet, erweist sich widerspruchsvoll. Ist oder aus einem Guk. Die Rep. gehört ebenso zum Programm der UdSSR, wie die Bekämpfung des Kapitalismus. — Dann noch eine Schilderung von Fjodor Zwanoff aus der Zeit des Bürgerkrieges. Ein Partisanenbataillon kämpft ein wehrfähiges Weib. Einmal verteilt sie auf Feiern, die drei sowjetischen Intenaten und einem Kommandeur das Leben kosten. Das Geschehen ist der Erzählung: „Der 11“ von Boris Lavranoff. Schilderungen, Erzählungen, Tempoerhebungen hätten dieser Novelle sehr genützt. Sie hat das Zeug in sich, einen Sprecher wie Bernheim zu zeigen. Dr. C. Deach gab was er geben konnte. Schade, daß es vor diesem Forum gelang, das sich nur ungern aus seiner behäbigen Ruhe aufzurufen läßt.

## Die sowjetrussische „Barbarei“

„Zimle Higgins“ von Upton Sinclair wird von der WUSA, der französischen utopischen Filmlobricht in New York, unter der Regie G. Tolins verfilmt. „Hundert Prozent“ soll folgen. Im Auftrage des Rates der Volkskommissare wurde in Moskau eine Kommission gebildet, zu der auch wichtige Schriftsteller zugezogen wurden, und die einen Mindesthonorar für literarische Arbeiten ausgearbeitet hat.

Danach werden für literarische, publizistische oder bibliographische Arbeiten mindestens 90 Goldrubel pro Druckbogen, für sogenannte „Kunstproua“ mindestens 100 Goldrubel und

für Uebersetzungen 35 bis 50 Goldrubel (je nachdem, ob sie eine weitere Bearbeitung erfordern oder nicht) bezahlt. In periodischen Zeitschriften erscheinen Werke müssen mit mindestens 50 Goldrubeln pro Zeile honorarisiert werden.

Auch der Umfang der ersten Auflage wurde festgelegt, und zwar für „Kunstproua“ mindestens 5000 Exemplare (bei Erscheinung in einer Volksausgabe 25 000 Exemplare), für Bühnenwerke 3000, Kinderbücher 10 000 und für propagandistische und sonstige Massenliteratur 20 000 Exemplare.

Für jede Neuauflage sind mindestens sechzig Prozent dieser Honorarhöhe zu zahlen. Diese Maßnahme ist sicher geeignet, die Lebensbedingungen der russischen Schriftsteller (die ja dort nicht zu den freien Beruflichen, sondern zu den „wertigen Arbeitern“ gerechnet werden) zu stabilisieren. Bereits vor Jahren hat die russische Regierung durch eine andere Maßnahme die Arbeitsbedingungen der Schriftsteller verbessert, als sie diesen das Recht auf ein eigenes Arbeitszimmer einräumte, eine angelehnt der fürchtbaren Wohnungsverhältnisse beispiellose Konzeption. S. B.

## Literatur und Marxismus

Von Fritz Hebeben-Volkantitz, Peteroyez, Gionto, Volkanoos und Dinamo herausgegeben, erscheint in Moskau eine neue Monatschrift „Literatur und Marxismus“, die sich die Aufgabe stellt, den russischen Literaturforschern das Handwerk zu legen, die sich föhlich für Marxisten ausgeben und auf diese Weise die marxistische Literaturforschung auf Abwege führen.

Zu diesen wertvollen Mitteilungen entschließt sich die „Literarische Welt“, Berlin, ein bürgerliches Blatt. Die Dresdner Volkseitung aber geht weiter, Seite an Seite mit den reaktionären Blättern.

Ein Theater der Hygiene. In Moskau ist neben ein Theater ins Leben gerufen worden, das ausschließlich der Erziehung zur Hygiene dienen soll. Das Theater untersteht dem Volkskommissariat für Gesundheitswesen und besitzt einen eigenen Stab dramatischer Mitarbeiter. Die der hygienischen Volkserziehung dienende Themen bearbeiten sollen. Zunächst ist das Theater mit einem Stück von Kleug eröffnet worden.



# Wieder ein Gasrohrbruch in Berlin

Berlin, Am Ronnedamm in der Nähe der Ohmstraße in Siemensstadt ereignete sich am Montag vor-mittag gegen 11 Uhr ein Gasrohrbruch. Durch die aus-strömenden Gase wurden fünf Arbeiter leicht be-täubt. Der Straßenbahnverkehr nach Berlin wurde we-gen der Gasgefahr auf eine Stunde gesperrt. Die Unglücks-stelle ruhten die Wagen ohne Strom passieren. Wegen des starken Frostes wird vermutlich die Kesselführung der Beuch-stelle drei bis vier Tage dauern.

Immer wieder Meldungen über Gasrohrbrüche. Die Ursachen verschweigt die bürgerliche Presse. In jedem Falle konnte nachgewiesen werden, daß entweder mangelhafte Ausführung bei den Rohrlegungsarbeiten, oder zu langes Liegen des Rohrnetzes Ursachen zu Rohrbrüchen gewesen sind. Dies wird sicherlich auch hier noch Bestätigung finden.

## Statist. eines Irrenstifts

III Berlin. Am Sonntagabend spielten sich in der Nähe des Götter Bahnhofs aufregende Szenen ab. Ein Arbeiter, der schon früher einmal im Irrenhaus untergebracht war, erlitt auf offener Straße einen Schlaganfall und lag mit zwei Revolvern einen Chauffeur an. Darauf ging er, mit den Waffen in beiden Händen, in der Mitte des Fahrdammes auf und ab. Als das alarmierte Ueberfallkommando herbeikom, empfing er es mit Revolvergeschüssen, durch die ein Polizeibeamter verwundet wurde. Die Beamten erwiderten das Feuer und verletzten den Irrenstiftigen so schwer, daß er sterbend in ein Krankenhaus ge-bracht werden mußte.

## Bodensee und Untersee zugefroren

III Saje l. Infolge der neuen Kälteperiode sind der Boden-see und der ganze Untersee zugefroren. Tausende von Schlitt-schuhläufern tummeln sich auf dem Untersee. Durch das glas-ware Eis sind bei Mannern zwei Fischbänken beobachtet wor-den, von denen die eine bisher völlig unbekannt war.

## Minus 37 Grad Celsius in Böhmen

III Prag. Die strenge Kälte von minus 25 Grad Celsius hält auch in Prag an. Der längere Aufenthalt auf den Straßen ist unmöglich. Zahlreichen Bewohnern sind Gliedmaßen erfroren. Rudweis (Südböhmen) meldet minus 37 Grad Celsius. Die Donau ist ungefähr 25 Kilometer von Preßburg zugefroren.

## Der gesamte Schiffs- und Eisenbahnverkehr in der Krim lahmgelegt

III Kowmo. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat sich der Sturm auf dem Schwarzen Meer noch immer nicht gelegt. Ein englischer Dampfer wurde schwer beschädigt. Der Schiffsverkehr liegt vollkommen lahm. Der nordwestliche Teil des Meeres ist zugefroren. In der ganzen Krim herrscht eine noch nie da-gewesene Kälte. Der Eisenbahnverkehr mußte wegen der Kälte und der ungeheuren Schneemassen eingestellt werden.

## Das aufgeplagte Kitz

### Ein Toter und zwei Verletzte

III Milano. Auf der Lupatzer Chaussee ereignete sich ein schwerer Autounfall. Eine aus Turin kommende Kraft-

wagen war auf einen entgegenkommenden mit vier Personen bespannten Wägelwagen aufgefahren. Die Deichsel des Wagens drang durch die Windschutzscheibe bis in das Wageninnere und blieb in der Decke hängen. Das Auto wurde also förmlich auf-gespießt. Der Chauffeur wurde sofort getötet und die beiden Fahrgäste durch Glassplitter so schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten.

## Schwerer Eisenbahnunfall in Polen

III Warszawa. Wie aus Czestochau gemeldet wird, stieß am Montag früh in der Nähe von Zawozno zwischen Krakau und Polen ein Eilzug mit einem Personenzug zu-sammen. Beide Lokomotiven wurden zertrümmert und mehrere Wagen beschädigt, darunter auch ein Personen-wagen des Eilzuges. Zehn Reisende trugen mehr oder minder schwere Verletzungen davon. Besonders schwere Verletzungen erlitten der Maschinist und der Heizer. Ver-sterber soll seinen Wunden erliegen sein. Das Unglück ist ver-mutlich auf die starke Verpöpfung des Eilzuges zurückzu-führen.

## Vier Tote bei einem Bankraub

III Peking. Am hellen Tage überfielen chinesische Ban-diten die Filiale der chinesischen Staatsbank in Tientsin und raubten sie aus. Vier Angestellte der Bank wurden getötet. Die Banditen entkamen unarrestiert.

## Unfall eines Postautos

III Oshah. Als das Postauto am Freitag morgen auf der Fahrt von Oshah nach Oshah war, geriet es auf der schmalen, nur zum Teil vom Schnee geräumten Straße vor Oshah zu nahe an den Straßenrand, der völlig verweht war. Der Wagen rutschte auf das etwa einen Meter tiefer liegende Feld und schlug um. Von den 9 Insassen des Wagens wurde glücklicher-weise keiner verletzt.

## Großfeuer

III Grimma. In der Nacht zum Freitag brannten die Scheune und das Seitengebäude im Gehöft des Bürgermeisters Behshold in Gornowitz bis auf die Umfassungsmauern nieder. Die zum Teil noch in der Scheune befindliche Ernte und die landwirt-schaftlichen Maschinen wurden vernichtet.

## Ein Giroassistentenverleht

III Bagen. Seit Sonnabend wird der Vorsteher der Girokasse Großdubrau (Bausitz) vermisst. Es ist noch ungewiß, ob er einen Unfall erlitten hat, oder ob sein Verschwinden mit der Giro-kasse zusammenhängt. (!)

## Mord- und Selbstmordversuch

III Frankenberg. Im benachbarten Mühlbach versuchte am Frei-tag nachmittags, wie die Tel-Liana meldet, ein in den 40er Jahren lebender Arbeiter sich und seine 28jährige Tochter durch Dessen der Halsadern ums Leben zu bringen. Er brachte seiner Tochter eine schwere Verletzung am rechten Arme bei und sich selbst tiefe Schnittwunden am linken Arm. Beide wurden nach dem Krankenhaus gebracht. Die Tochter soll am Sonnabend noch nicht vernehmungsfähig, der Vater selbst sehr wortlos ge-wesen sein (!), so daß bis jetzt über die Beweggründe der Tat nichts Näheres zu erfahren sei.

# Die proletarische Lesehalle

Kola Luxemburg — „Briefe aus dem Gefängnis“

51. bis 58. Tausend! Verlag der Jugendinternationalen, Berlin. — Preis 1,80 M., gebunden 2,80 M.

Kola Luxemburgs „Briefe aus dem Gefängnis“ sind in neuer Auflage erschienen. Diese Briefe an Liebsteins Frau sind ein unvergleichliches Zeugnis für den großen Menschen Kola Luxemburg. Geschrieben in den schweren Jahren des Krieges hinter Kerlerrauern, offenbaren sie den unerschöpflichen Reichtum ihres Herzens einen Menschen voller Güte und Mitleid für jede leidende Kreatur, immer hilfsbereit für die Freunde. 50 000 der Gefängnisbriefe haben schon den Weg zum Leser, viele davon zum sozialdemokratischen Arbeiter gefunden. Diese Briefe erzählen uns sehr viel mehr vom Denken und Fühlen unterer Kola, als viele Gedendbroschüren; deshalb empfehlen wir es allen unseren Lesern, besonders aber den Frauen und der Jugend.

## Heft 1 der „Proletarischen Sozialpolitik“ ist erschienen!

Aus dem Inhalt:  
Die sozialpolitische Bedeutung des Strafgesetzesmarines. Von Felix Halle, Berlin.  
Arbeiterkultur: Die arbeitende Jugend und das Arbeiter-schulwesen. Von E. Henke, R. d. R., Berlin.  
Aus dem Reichstagen: 1. Ablehnung der Winterbeihilfe. 2. Beleg über eine Sonderfürsorge bei beruflicher Arbeitslosigkeit. 3. Ausdehnung der Unfallversicherung. 4. Erwerbslosenfragen: Wer erhält Kurzarbeiterunterstützung? Von Erich Stollen, Berlin.  
Sozialversicherung: Die Invalidenversicherung. Von A. W. Leipzig.  
Internationales: Sozialpolitische Fragen der Weltarbeit-losigkeit. Von Kurt Sauerland, Berlin.  
Die Zeitschrift ist zu beziehen durch alle Postanstalten zum Preise von vierteljährlich 80 Pf., zusätzlich Postgeb. Einzel-heft 30 Pf.

Wer keine Wahl hat — hat die Qual. Eigentlich heißt das Sprichwort: „Wer die Wahl hat, hat die Qual.“ In einem kleinen Novellenbüchchen beweist Weiskopf daß für das „wahre Volk“ die erste Formulierung treffender ist. Es sind Weiskopfs Geschichten, die er schildert, aber wie er sie schildert, das ist das Krönende! Jede Zeile, ja jedes Wort atmet Wirklichkeit, Schlicht und ohne Phrasen werden Menschen mit Mut und Leben mit Vorläufen und Schattenseiten abgezeichnet. Dabei ist besonders hervorzuheben daß Weiskopfs seine sich gestellte Aufgabe alles andere als leicht nimmt. Immer wiegt er die Würde des Hebelis — immer die Ursachen der Handlungen von Menschen, die er schildert, auf. Es ist das Beste dieser Art Novelle, die mir je zu Gesicht gekommen! Weiskopfs wird sich mit dem Händchen viele neue Freunde erwerben. Ein gutes Buch ist wie ein guter Freund — Weiskopfs Büchlein ist ein solch guter Freund.

## Die Universum-Bücherei für Alle

hat sich entschlossen, ihre Mitglieberschrift „Magazin für Alle“ auch dem Straßenhandel zu übergeben, und läßt dieses 32 Seiten starke Heft, das im Kupferdruckverfahren hergestellt wird, zu dem geringen Preise von 20 Pf. verkaufen. Gegenüber dem sanftmütigen und inhaltreichen Schwaub bürgerlicher Magazine stellt das „Magazin für Alle“ endlich eine Zeitschrift dar, wie sie dem Arbeiter auf das wärmste empfohlen werden kann. Das Jahrbuch enthält u. a. folgende Beiträge:  
Prof. Alfons Goldschmidt: Klammern in Amerika. — Sozialisches: Die Semjon Semjonowitsch mit einer Aristokratin ging. — Leo Panja: „Der Senf“ — Frih Popper: „Schicksale eines Arbeitlosen“. — Henri Barbusse: „Die Waise der Prolet-aktion“. — Arthur Seebof: „Vor zehn Jahren nach Krom-Wehring“.  
Das Heft ist reich illustriert. — Bei allen Verkaufsstellen und Klotten erhältlich, oder direkt bei der Universum-Bücherei für Alle, Berlin R. 8, Mittelstraße 48, zu beziehen.

**Servus**

Heute finden Sie mich  
in allen Geschäften.  
Fragen Sie nach mir;  
wir werden bestimmt  
gute Freunde.

Servus, die neue 5 Pf Zigarette





Die SPD nur gegen den Generalfeldmarschall Hindenburg

Kaufe. Die erste Gemeindevorstandssitzung in diesem Jahre beschäftigte sich im Eintrage der Tagesordnung mit Neu-

Mit den Stimmen der bürgerlichen Mehrheit wurden der bisherige Vorsitzende, Bürgermeister Ernst (bürgerlich), als sein erster Stellvertreter Köhler (Soz.) und als zweiter Stellvertreter Tronitz (bürgerlich) wiedergewählt.

Der Jahresbericht des Bürgermeisters brachte für die zahlreichen erschienenen Zuhörer allerhand wertvolle Sachen, unter anderem hat die Kirche in der „Arbeiter“-Gemeinde Paula über 1000 M. Kirchensteuer eingekommen. Von dieser begründete den kommunikativen Antrag, ein Mehrfamilienhaus in eigener Regie zu bauen und mit den Arbeitern soz. als möglich zu bewohnen, um das Elend der ausgebeuteten Erwerbslosen zu lindern. Die bürgerliche Mehrheit, welche sich verschiedentlich dagegen wandte, stimmte schließlich zu dem Antrag dem Bauauschuss zu überweisen. Der Häufige Versuch von den Sozialdemokraten unsere Fraktion zu beschuldigen sie hätten sich vor 4 Jahren gegen die kommunale Bauweise gewandt, ist absoluter Unsinn und konnte nur vorgebracht werden weil der Genosse Schmalz nicht anwesend war, da er in Freiberg arbeitet. Der nächste Punkt, ein kommunikativer Antrag betreffs Unterstützung für kinderlose Familien, deren Kinder die Eltern in die und aus der Schule kommen, wurde einstimmig angenommen. Eine sehr gute Debatte entpinn sich bei der Behandlung eines sozialdemokratischen Antrages: Die Hindenburg-Büste im Sitzungssaal soll an die Spender (bürgerliche Vereine) zurückgegeben werden. Der Sozialdemokrat Köhler erklärte in seiner Begründung, daß sie nicht dagegen haben würden gegen eine Büste Hindenburgs als Reichspräsidenten sondern daß sich der Antrag nur richtet gegen die Büste Hindenburgs als Generalfeldmarschall. Die Bürgerlichen meinen, daß Hindenburgs Feind war und daß seine Uniform nichts davon ändere. Unter Genosse gab es noch treffend zum Ausdruck, wir verlangen nicht Bloß Entfernung der Hindenburg-Büste, sondern überhaupt der jetzt herrschenden Klasse, die für die Arbeiterklasse Elend und Not bringt. In Verantwortung einer schriftlichen Anfrage der kommunikativen Fraktion teilte der Vorsitzende, Herr Bürgermeister mit, daß das Rathaus des Rathauses 181 Mark, der Einzug der Hindenburg-Büste das die Einweihung des Rathauses 181 Mark und die Einweihung der Straßenbahn 171 Mark gekostet hatte, was unter den Zuhörern allgemeine Entzückung auslöste.

Arbeiterturner toeben!

Kadebut. Am Sonnabend, dem 25. Januar, veranstaltete die Kinderabteilung des Arbeiter-Turn- u. Sportvereins Kadebut einen Werbeabend. Der Vorsitzende Haake betonte ein-

Aber eine Mücke man vermissen: es fehlte jegliche proletarische Tendenz in den Darbietungen, besonders konnten die Piederreigen und Tanzspiele absolut nicht befriedigen, die in gefühlvollem bürgerlich-romantischen Stil aus-

Haben wir proletarischen Turner wirklich nicht mehr nötig, für unseren Kampf zu werden? Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung des Kapitalismus? Sind wir wirklich schon so weit, daß wir uns auf unseren „Larberren ausruhen“ können? Angehts der immer verächtlicher auftretenden Unternehmerr-

Die Leichenhändler sind am Werk

Preßlau. Die „sozialistischen“ Jugendorganisationen von Preßlau veranstalteten am Mittwoch, dem 30. Januar, eine Liebesnacht-Luxemburg-Gedenkstunde im Festsaal der Pestalozzi-

Durch diese Leichenhändler unserer Genossen Karl und Rosa durch den „linken“ Hennig (Hennig hatte kaum erst sechs Minuten gesprochen) wurde ein ungeheurer Entzückungssturm unserer anwesenden KZ-Genossen und Jungfröhen-Kameraden ein-

Auch das war wiederum eine offene Aufforderung zum Kampf an unsere unterdrückten Führer. Jungarbeiter und Arbeiterinnen, Arbeiterpartei, verlaßt die Reihen dieser er-

Sportklub — die ja erst aus dem Kampf gegen den Kapitalismus heraus entstand — und ihre Kräfte einsetzten für das Befreiungs-

Eine aufbefuchte KZB-Verammlung

Kadebut. Am vergangenen Freitag verammelte die KZB-Ortsgruppe in der „Scharfen Ecke“ eine Anzahl Arbeiter und Arbeiterinnen zu einem geselligen Abend. Er wurde ausgefüllt von Musikvorträgen, Rezitationen (wobei auch der Humor zu seinem Rechte kam), sowie Ansprachen der Kameraden Richtig-

Die „Einmann“-Fraktion der SPD für bürgerlichen Vorsteher

Großgruppa. Als 1. Punkt steht die Wahl des Vorstehers zur Tagesordnung. Von uns wird Genosse Rentisch vorgeschlagen, während die Rechte den Bürgermeister Kühne in Vorschlag bringt. Bürgermeister H. wird mit 7 Stimmen gewählt. Die „Fraktion“ der SPD stimmt für den Vorschlag der Bürger-

Wiederholt liegt ein Geläch der KZB-Fraktion Sachsen vor, um Bemittlung der Räte für die Unterbringung des Autobus der Linie Birna-Birnitz in der Scheune des Erbgerichts, was erneut abgelehnt wird. Ein Genosse gelat dabei den Jahres-

Die rechten Liquidatoren haben das Vertrauen der Sozialdemokraten

Kadebut. Die erste Sitzung fand unter Teilnahme zahlreich erschienenen Einwohner statt. Zu Beginn der Sitzung teilte Herr Eike mit, daß er ein Schreiben von unserem Gen. Kaufsch erhalten habe, worin er aufgefordert werde, da er aus der KZB ausgeschlossen ist, sein Mandat an die KZB zurückzugeben. Er erklärte, dies werde er nicht tun, da er sich nicht als ausgeschlossen betrachte. St. Rood gab folgende Erklärung ab: Laut Beschluß der Fraktionssitzung, die durch Eike einberufen und die aus der Mehrheit der Fraktionäre zusammengesetzt gemeldet sei (?), wird der ausgeschlossene Bertold Eike nicht als ausgeschlossen betrachtet. Sie betrachten ihn nach wie vor als Vollzeiter der Gruppe und als Fraktionsleiter der Stadtverordneten. Somit haben sich unsere Genossen Rood und Kröber ebenfalls auf die Bahn von Eike drängen lassen, früher sprach man auch einmal anders über Eike. Wir bemerken, daß die gut besuchte Mitgliederversammlung am Sonnabend, dem 19. Januar, gegen eine Stimme — letztere verlangte den sofortigen Ausschluß — folgenden Antrag annahm: Gen. Eike wird aufgefordert, seine fraktionelle Tätigkeit sofort zu unter-

Nunmehr bekam unser Genosse Kaufsch das Wort, trotzdem er sich schon vor der Sitzung beim Vorstand gemeldet hatte. Er führte folgendes aus: Ich habe zu erklären, wie Herr Eike schon selbst ausgeführt hat, daß Herr Eike aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen ist. Für all seine parlamentarische Tätig-

Wittberg. (Schulausschulung.) Herr Schab. Hühndorf, eröffnete am 28. Januar im Gasthof Westrup vor einer schwach vertretenen Zuhörerschaft unsere erste diesjährige Schulausschulung. Zu Punkt 1, Eingänge war zunächst ein Antrag vom Elternrat eingegangen, demselben doch 20 Mark für seinen geschäftlichen Aufwand zu bewilligen. Schabert, Hermann und Genosse Erfurt sprachen für und die Herren Schab, Rum-

Zirkus Amaranth rüht zu neuen Tausend Winterritzen ist eine harte Periode für die Zirkusunternehmungen. Es gilt einen großen Tierbestand über die kalten Tage hindurchzubringen; es heißt das Stammpersonal, ohne das ein zirkusmäßiges Unter-

Die rechten Liquidatoren haben das Vertrauen der Sozialdemokraten

seit übernimmt die Kommunistische Partei keine Verantwortung. Wir können es als revolutionäre Partei nicht dulden, Mitglieder in unseren Reihen zu haben, die durch ihre rechte Politik, durch ihr fraktionelles Verhalten innerlich und äußerlich der Partei nicht nur die Partei schädigen, sondern der kapitalistischen Gesellschaft und ihren Stützen, der Sozialdemokratischen Partei, Gift-

Unter Genosse Herz, Stadtrat, gab treffend den Beweis, daß Eike und seine Freunde die Partei verlassen haben und in unseren Reihen nichts mehr zu suchen haben, denn ihre Politik trägt zur Unterminierung der SPD und Festigung des Kapitalismus bei. Zur Erklärung Roods führte unser Genosse Kaufsch noch aus, daß er dankbar sei für die Erklärung in der Öffentlichkeit. Man weiß nunmehr, was Weißes Kind Rood ist.

Herr St. Bräuner (SPD): Wir bedauern einerseits die Spaltung der KZB. (Weser: Hätte doch die ganze Gruppe die Rechtsabwendung Eikes mitgemacht!) Andererseits freue er sich, daß nun endlich die Kommunisten ihrem Programm näher kämen, damit Arbeiterpolitik in ihrem Sinne getrieben werde, und ein freundschaftliches Zusammenarbeiten in Zukunft möglich sei. Wir werden den Vorschlag Eikes unterstützen, da wir gegen Herrn Kröber nichts einzuwenden haben. Herr Kröber wurde ebenfalls mit zwölf gegen neun bürgerliche Stimmen gemißbilligt, desgleichen Herr St. Emil Kaufsch (SPD) zum 2. Vizevorsitzenden. Als Schriftführer wurden die Herren Wendt und Volzgemachmiller Israel mit 12 Stimmen bei Stimmenthaltung der Bürgerlichen gewählt.

Niederan. Vorige Woche hielten die Frauenfortschrittgruppen Niederan-Oberan eine öffentliche Versammlung ab. Ueber das Thema „Gebärstrett oder Geburtenregulung“ sprach der Genosse Schmidt, Dresden. Der Bericht war ein verhältnismäßig guter, ließ aber noch zu wünschen übrig. Genosse Schmidt trug (trotz dieser Fremdwörter) seinen Vortrag in leicht verständlicher Weise vor und schilderte im besonderen, wie die Kirche ein Interesse daran hat, die Arbeiter über diese Frage in der irdischen Dummheit zu erhalten. Er streifte ferner die §§ 218/19 und betonte, daß die Sozialisierung des Gesundheitswesens erstredt werden müsse. Er wies ferner in seinen Ausführungen auf Sowjetrußland hin, das auf dem Gebiet der Geburtenregulung Vorbildliches geleistet habe, was auch in Deutschland zu erreichen sei. Es fand eine rege Aussprache statt, in der zum Ausdruck gebracht wurde, daß man in einem weiteren Vortrag eingehender über die damit verbundenen Fragen sprechen sollte, was der Vorsitzende dann zuscherte. Es wurde weiter darauf hingewiesen, daß viele Arbeiter noch nicht begriffen haben, welches Hemmnis die Kirche im proletarischen Kampfe ist. Ruffit auch endlich auf und lehnt der Kirche den Rücken. Es wurde noch darauf hingewiesen, daß dieses Jahr erstmalig die Jugendwochen in Niederan stattfinden und daß die Arbeiterchaft sich rege daran beteiligen sollte. Anmeldungen von Kindern werden noch entgegengenommen. (Arbeiterkorrespondenz.)

Ein Beitrag zur „Autwo“

Preßlau. Der Rat teilt mit: Die Tätigkeit des städtischen Bauaussehers umfaßte im 4. Vierteljahr 1928 134 Kontrollgänge. Dabei waren zu beanstanden: in 15 Fällen mangelhafte Gerüste, in 12 Fällen mangelhafte Unter-

Wohnungsüberfluß im Stadteil Sauerode

Preßlau. Des oben Angeführte muß man schon sagen, wenn man bedenkt, daß am Kleinen Weg eine Wohnung mit Stube, Kammer und Küche seit Oktober leersteht, wo es so viel Wohnungsbedürfnisse gibt. Mit was für Methoden hier gearbeitet wird, wäre interessant zu erfahren. Sollte es sein, daß man von leeren des Wohnungsamtes Herrn Eike so viel Zeit gewährt, bis er die willigen Leute gefunden hat, die ihm passen? Wir möchten den Herrn Wohnungsbeamten raten, daß er nun endlich mal Herrn Eike den nötigen Druck verleihen und dem auf der Seite Verwehrenden die Wohnung zuweisen möchte. Ein Glanzstück sozialdemokratischer Wirtschaftsdemokratie!

# Jeder Betrieb eine revolutionäre Burg!

## Unsere Taktik bei den Betriebsrätewahlen

Am Sonntag beschloß sich die Reichsparteiarbeiterkonferenz mit dem zweiten und dritten Punkt der Tagesordnung. Die Referate wurden mit großer Aufmerksamkeit angehört. Mehr als 20 Redner sprachen auch am Sonntag in der Diskussion und etwa 40 in die Reihenfolge der Eingetragenen konnten nicht zum Worte kommen.

Der von der Halle'schen Delegation eingebrachte Abänderungsantrag, den wir im Bericht mitteilten, ist gegen neun Stimmen, bei zwei Stimmenthaltungen, abgelehnt.

Der gesamten Partei: Die Anwendung unserer neuen Linie erfordert große Beweglichkeit und eine genaue konkrete Analyse eines jeden Betriebes. In einem Betrieb, wo 80 Prozent der Belegschaft freigewerkschaftlich organisiert sind, muß natürlich der Kampf ausschließlich um die freigewerkschaftliche Linie geführt werden.

## Genosse Merker über die Betriebsrätewahlen

Unser zentrale Aufgabe ist die Herbeiführung einer einheitlichen revolutionären Front aller Arbeiter im bestmöglichen Kampf gegen den sozialimperialistischen Gewerkschaftsapparat.

Bei den Betriebsrätewahlen muß die Gewerkschaftsopposition im Betrieb eine Plattform aufstellen, die allgemeine und betriebliche Forderungen enthält. Den Betriebsrätewahlen muß mindestens so viel Aufmerksamkeit gewidmet werden, wie den Parlamentswahlen.

Die Reformisten werden natürlich mit aller Brutalität uns bekämpfen. Wir können aber nicht auf unsere konsequente revolutionäre Linie verzichten. In dem Kampf um die revolutionären Betriebsräte werden sich neue revolutionäre Kräfte herausbilden.

### Der organisatorische Apparat der einheitlichen Klassenfront

Um die revolutionäre Klassenfront aller Arbeiter herbeizuführen, müssen wir den dazu notwendigen organisatorischen Apparat in den Betrieben haben. In allererster Linie müssen die Betriebszellen ausgebaut werden, wir müssen die Möglichkeit für viele Betriebszellen schaffen, die enge Verbindung mit der Belegschaft herbeizuführen.

## Rede des Genossen Thälmann

Die neue taktische Wendung, die die Partei gegenwärtig in den Wirtschaftskämpfen und bei den Betriebsrätewahlen durchmacht, ist zweifellos von außerordentlicher Bedeutung. Sie hat ihre tiefen Gründe in den Vorgängen des praktischen Lebens.

gegeneinander. Auf der einen Seite: Gewerkschaftsreformismus — Diktatur — Spaltung. Auf der anderen Seite: Belegschaftsversammlungen — Arbeiterdemokratie — Einheit.

### Die Debatte

Alma Evert (Hamburg): Die Wendung, die die Partei jetzt durchmacht, werden wir Frauen besonders begrüßen. Auch in der Brust unserer Genossen schlummern zwei Geelen. Sie glauben einestels, daß die Arbeiterinnen nur ungenügend die Interessen der Belegschaft vertreten können.

Die Organisations der JAG in den Betrieben sind zweifellos von sehr großer Bedeutung. In den letzten Kämpfen hat die Arbeiterklasse großes geleistet. Im Ruhrkampf konnten fast 20 Prozent der Angestellten durch die JAG gespielt werden.

Erstens zeigt sich in der kapitalistischen Rationalisierung, in den neuen Methoden des kapitalistischen Produktionsprozesses eine völlige Veränderung der sozialen Zusammensetzung der Arbeiterklasse.

Koltermann (Magdeburg): Die Ausführungen des Genossen Merker kann ich an Hand der Betriebspraxis unterstützen. In unserem Betriebe mit einer Belegschaft von 1700 Arbeitern sind 700 freigewerkschaftlich organisiert.

In die einheitliche revolutionäre Front müssen auch die 3 Millionen Gewerkschaften eingerechnet werden. Was sagen die Kommunisten regelmäßig bei der Führung der Kämpfe? Sie behaupten, die unorganisierten Massen in den Betrieben und die Erwerbslosen auf der Straße machen die Kämpfe unmöglich.

Zweitens: Die sozialdemokratische Koalitionspolitik, die Staats- und Wirtschaftspolitik, nicht zuletzt auch die Gewerkschaftspolitik der Reformisten, erfordert von uns die Anwendung neuer Kampfmethoden gegen den Sozialimperialismus.

Maddalena (Hamburg): Auf den Hamburger Werken haben wir etwa 70 Prozent unorganisierte Arbeiter. Können wir Betriebsräte aufstellen, ohne daß wir diese 70 Prozent, die 14 000 Arbeiter fragen? Wenn wir verhindern wollen, daß die Unorganisierten eigene Listen aufstellen, wie sie das bereits in vergangenen Jahren auf den Hamburger Werken gemacht haben, dann haben wir die Pflicht, in der Linie der Richtigen und des Referats des Genossen Merker an die Vorbereitung und Durchführung der Betriebsrätewahlen heranzugehen.

### Das Neue in unserer Taktik bei den Wahlen

Von welchem Gesichtspunkt gehen wir an die bevorstehenden Betriebsrätewahlen heran? Der leitende Gesichtspunkt ist eben die Herbeiführung der einheitlichen Kampffront in den Betrieben und die Entwicklung einer revolutionären Führung der Arbeiterkämpfe.

Drittens: Die Klassengegnerschaft und damit die Klassenkämpfe verlagern sich in Deutschland in kürzester Frist. Der Druck der Massen gegen die Politik der Sozialdemokratie wird härter.

Sachs (Halle): Wir haben im vorigen Jahre statistisch bei den Betriebsrätewahlen 80 Betriebe erfaßt, die alle eine Belegschaft von ungefähr 80/70 000 Arbeitern haben. In diesen wichtigen Betrieben unseres Bezirks haben wir 328 kommunistische Betriebsräte und 160 andersgestimmte Betriebsräte (von Sozialdemokraten bis Werksgemeinschaftler).

Was ist das Wichtigste, das Neue der angewandten Taktik bei den diesjährigen Betriebsrätewahlen? Wir führen nach wie vor den Kampf um die freigewerkschaftliche Liste. Wir fordern aber, daß die freigewerkschaftliche Liste zu einer einheitlichen Liste aller Betriebsarbeiter ausgebaut wird, wir verlangen, daß die freigewerkschaftliche Liste zusammengefaßt wird aus Arbeitern freigewerkschaftlicher Organisationen, aus christlichen und Hirsch-Dunderscher Arbeitern und aus Unorganisierten, die sich zu einem Programm proletarischer Forderungen, um die der Kampf im Betriebe geführt werden soll, bekennen.

Viertens: Die Massenpolitik der Kommunisten führt zu einer mächtigen Erweiterung unseres Einflusses auf das Proletariat. Das zeigen die Nachwahlen, die mehr als 84 Millionen kommunistischer Stimmen ergaben.

Ulrich Neumann (Königsberg): Ich wende mich entschieden dagegen, daß wir in gewerkschaftlichen Versammlungen Listen mit Christlichen und Hirsch-Dunderscher Betriebsarbeitern zur Annahme empfehlen sollen.

Wir müssen sofort beginnen mit einer Propaganda unter den Wählern, unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, dafür, daß die freien Gewerkschaften die Träger sein müssen der Herbeiführung einer einheitlichen Front in den Betrieben.

Fünftens: Je größere Bedeutung die kommunistische Partei und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition gewinnen, desto stärker wird der reformistische Gewerkschaftsapparat gegen die revolutionäre Front eingeleitet.

Genosse Merker polemisiert in seinem Schlußwort gegen den Antrag Sachs-Halle und gegen Neumann-Königsberg. Er zeigt, daß der Halle'sche Vorschlag, der sehr geschickt formuliert ist, tatsächlich gegen die gesamte neue Wendung der Partei gerichtet ist.

### Sind die Unorganisierten minderwertig?

Die Rechte und Verhältnisse in der Partei stehen auf dem Standpunkt, daß die unorganisierten Arbeiter für den Kampf minderwertig sind. Ich rede nicht von den unorganisierten Arbeitern bei den Zimmerern, Buchbindern und dergleichen. Hier sind die Unorganisierten sicherlich die Schlechtesten, die zum Teil Streikbrecher und Gelfe sind.

Daraus folgt unsere taktische Wendung. Wir müssen die reformistische Politik ideologisch und organisatorisch bekämpfen. Wir müssen die reformistische Disziplin sprengen und die reformistische Gewerkschaft durchbrechen, denn sie sind ein Teil der kapitalistischen Gehege gegen das Proletariat.

### Genosse Hedert schließt die Konferenz

Hedert: Unsere zweitägige Konferenz ist, glaube ich, eine fruchtbare Tagung gewesen. Jetzt gilt es, das, was wir uns erarbeitet haben, in die Mitgliedschaften hinauszutragen und durch die gesamte Mitgliedschaft unserer Partei in die Arbeitermassen. Als die Beschlüsse des IV. RWK-Kongresses bekannt geworden sind, waren sehr viele unserer Parteigenossen, die Beschlüsse hatten, gegen ihre Anwendung. Die erste konkrete Anwendung der Beschlüsse vollzog sich im Ruhrkampf. Und hier haben wir die ersten Erfolge gehabt.

Wir müssen sofort beginnen mit einer Propaganda unter den Wählern, unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, dafür, daß die freien Gewerkschaften die Träger sein müssen der Herbeiführung einer einheitlichen Front in den Betrieben.

Wir sind im Ruhrkampf bereits über den Rahmen der Gewerkschaften hinausgegangen, und wir haben neue Formen des Kampfes, neue Formen der Organisation der Unorganisierten gefunden und angewendet. Wir haben Kampfstellungen gebildet. Ohne diese Taktik hätten wir keine Erfolge im Ruhrkampf erzielt.

Als wir 1914 durch den kleinen Spartakus und den Kampf gegen die große Sozialdemokratie und gegen die großen irreführenden Massen begannen, da wurden wir ausgelacht. Wie lange wurde Karl Liebknecht als Narr hingestellt. Und wie oft haben wir aus dem Mund der berufenen Instanzen der Sozialdemokratie gehört, daß die Rosa Luxemburg nur so schreie, weil sie eine feindselige Auslandlerin sei. Das ist immer so, wenn eine neue Idee von wenigen Elementen vorwärts getragen wird und sich in den Massen Geltung verschaffen soll.

Die Rechte und Verhältnisse in der Partei stehen auf dem Standpunkt, daß die unorganisierten Arbeiter für den Kampf minderwertig sind. Ich rede nicht von den unorganisierten Arbeitern bei den Zimmerern, Buchbindern und dergleichen. Hier sind die Unorganisierten sicherlich die Schlechtesten, die zum Teil Streikbrecher und Gelfe sind.

Wir müssen auch die christlichen und Hirsch-Dunderscher Arbeiter im Kluge geist erziehen und sie in die Kampffront gegen das Kapital eingliedern. Die Reformisten werden uns skrupellos verleumden als „Partei der Unorganisierten“ und „Freunde von Christen und Hirschen“.

Die Situation ist für uns durchaus günstig. Es ist ganz ausgeschlossen, daß die breiten Massen der sozialdemokratischen Arbeiter, die breiten von der Sozialdemokratie beeinflussten Arbeiterschichten die Politik der Sozialdemokratie mit ihren Konsequenzen auf die Dauer ertragen können.

# Heute Parteiarbeiter-Konferenz für Groß-Dresden

im Reglerheim, Friedrichstraße (Beginn 19,30 Uhr) — Tagesordnung: Bericht von der Reichsparteiarbeiterkonferenz (Frage der Unorganisierten. Unsere Taktik bei den Betriebsrätewahlen)

SPD-Betr... eine... Verband... In der Buch... Genosse G... als Schrift... der Belegs... lenger im Ar... angelich wege... Vertrauensm... Posten eines... gänge besorg... Dieser Entsch... voraus, an weic... (sozialdemokrati... (Adelheim) und... (Mitglied des... Sowohl Müller... einander und... Der wahre G... angeblich grobe... Belegschaft die... nicht dann zur... herzlich satz hat... die besten Anst... Seine Reiz ent... und gegen die... Betriebsrat... möglichen Abz... treten, um dabur... hat dem Genoss... trieb geführt... vorstehenden zu... feiligt werden... wiffer Deute (ho... Das Interes... die Tatsache, daß... lehrte, den Gen... treten. Das ge... niemus — Unte... gegen revolution... Deshalb mü... überall fließen... Vereinfach... Bei den Wa... des Konsumere... eigenen Fortsch... Brandieraktion... in Wittenberg... Genossenschaft... schwer gestählt... 5 Verteilungs... daß nur dort e... Keilen erhielt... die Vertreterver... glisten einträte... Oppositi... Am 31. 10... Fabrikarbeiter... nische Industrie... Kollegen erziel... Reformisten 22... sind mit großer... Auch im A... Wahl der Ar... Beitragserb... Der Vorste... plant, auf den... des wachen... drücken. Diese... he wird angebl... Wirtschaftlich... fende geparkt... Die Oppos... Kampfwenden... jetzt vom Ber... Riesenunt... In der Ge... 25. Januar m... daß der sozial... unterworfenen... Vorbild Beipar... wüßten Befeh... ME... oder: D... Von Jim... 61... „Ar-zja... Anstuf, der b... Es verglic... ichen die unge... gen, in Ripp... drud land... Tafche und l... Das ist eine Sommer... eine allige V... dieses Waldes... Sei jede... Der Zug... daß die finit... Harzergeruch... ich die Bleich... Der Fin... haben durch... freundschaftl... in Stand ur... aus sollen... Die drei... dem Burz... andere hielt... Der Fin... Finna... freilich, mod... hast du noch... Finnen, mit... aufmuntern... Dieser... iprophen...





